

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.

Kommunalpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit im Land Brandenburg

Studie 2003

Redaktionsschluss: 31. März 2003

Dr. Ralf-Dietmar Hegel, Dr. Martin Müller, Dieter Koschewskow, Klaus Müller, Ralf Kurzel, Edeltraud Petermann und Angelika Schäfer

Inhaltsverzeichnis:

1. Einführung – das Problem	S. 3 - 4
2. Das Land Brandenburg – eine Skizze	S. 4 - 6
3. Die Methode und die Stichprobe	S. 6 - 9
4. Die Befragungsebene – Gemeinden und Städte	S. 9 - 14
4.1 Kommunikation und Informationsquellen	S. 9 - 10
4.2 Kommunalpolitische Erfolge und Handlungsbedarf	S. 10
4.3 Kommunalpolitiker – das aktuelle Bild	S. 11 - 12
4.4 Kommunalpolitiker – die Erwartungen	S. 12 - 15
5. Die Befragungsebene – Landkreise	S. 15 - 19
5.1 Regionale Erfolge und Handlungsbedarf	S. 15 - 16
5.2 Kreistagspolitiker – das aktuelle Bild	S. 16 - 18
5.3 Kreistagspolitiker – die Erwartungen	S. 18 - 19
6 Vergleichende und zusammenfassende Betrachtungen	S. 19 - 21
7 Schlussfolgerungen	S. 21 - 23
8 Literatur	S. 24
9 Anhang	S. 25

1 Einführung – das Problem

Vor dem Hintergrund dramatischer weltpolitischer Ereignisse, der Ankündigung drastischer sozialpolitischer Einschnitte auf Bundesebene und eines nicht zu übersehenden schwindenden Vertrauens breiterer Schichten der Bevölkerung in Politik finden im Jahre 2003 die Kommunalwahlen im Land Brandenburg statt.

Durch mehr als ein Jahrzehnt intensiver sozialwissenschaftlicher Begleitforschung für das kf im Land wissen wir (der HOLON e.V.), wie sich Hoffnungen, Befürchtungen und Erwartungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger im letzten Jahrzehnt entwickelt haben (HEGEL, MÜLLER und HORSTMANN, 2002). Von ihnen erkannte politische Handlungsschwerpunkte waren über die Zeit relativ stabil.

Diese Handlungsfelder müssen allerdings in Abständen überprüft und regionalpolitisch unteretzt werden. Linke Regionalpolitik kann einerseits von mehr als einem Jahrzehnt Erfahrungen, Erfolgen und Engagement zehren. Wir wissen: Regionalpolitik ist nicht Bundespolitik. Hier gehen die Uhren manchmal anders. Bundespolitische Entwicklungen werfen aber auch ihre Schatten voraus. Und die können linke Kommunalpolitiker im Land – ohne deren unmittelbares Verschulden – treffen.

Wenn wir zur Zeit – dank systematischer Arbeit – relativ präzise wissen, wo die wichtigsten kommunalen Probleme liegen, so haben wir doch in den letzten Jahren ein Feld vernachlässigt. Wir meinen das Gebiet der **Bürgerwahrnehmung von Politik und Politikern**, das der **Bürgererwartungen an Politiker**.

Das Selbstverständnis von Politikern, ihre tägliche Arbeit, ihre spezifischen Kenntnisse, ihr allgemeines Verwaltungswissen, ihre Bemühungen, in komplizierten politischen Mechanismen eigene Positionen durchzusetzen, stellen sozusagen die Binnensicht dar. Diese Binnensicht muss aber nicht der Wahrnehmung durch die Bürger entsprechen. Sie muss über Kommunikationsprozesse vermittelt werden.

Selbstverständlich reichten nach der „Wende“ die Kommunikationstechniken und die Selbstdarstellung links orientierter Politiker nicht aus, um in der BRD bestehen zu können. Eine Kultur hatte die andere abgelöst, andere Formen der Kommunikation (z.B. bei Presse und Bürgergespräch), Selbstdarstellung (nun z.B. individuell-selbstbewusster), Wirksamkeit (z.B. ‚Es ist nur, was in der Zeitung steht‘) mussten erlernt werden. Darauf wurde zum Teil viel Mühe, Zeit und Geld verwandt (Trainings, Workshops, Beratungen z.B.).

Dabei darf nicht vergessen werden, dass es kein ‚Politiktraining‘ (oder ‚Politikertraining‘) schlechthin gibt. Zeitbezogen, kultur-, problem- und regionalbezogen bestehen ganz spezifische Erwartungshaltungen der Bevölkerung, wie ein Regionalpolitiker auszusehen hätte, was er können muss, wie er sich verhalten muss und wie er mit den Menschen zu kommunizieren hat. Erfolgreiche Kommunalpolitiker sind zwischen Bayern und Brandenburg wohl kaum einfach austauschbar.

Für die kommenden Wahlen ist es unabdingbar, die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an regionale und kommunale Politik zu kennen. Trotz einer relativen Eigendynamik von Kommunalpolitik sollte nicht verkannt werden, dass auch

sie von internationalen, landes- und bundespolitischen Entwicklungen beeinflusst wird.

Wir haben deshalb eine für Brandenburg repräsentative Untersuchung (empirischer Art) vorgenommen, die sich an folgenden zentralen Fragestellungen orientiert:

- **1** Wie werden die Kompetenzen/ das Verhalten von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern im Land gegenwärtig wahrgenommen (aktuelles Image)? – Dies betrifft verschiedene Dimensionen: z.B. die Selbstdarstellung, die Bürgernähe, das Engagement, aber auch Persönlichkeitseigenschaften wie Ehrlichkeit, Hartnäckigkeit, Offenheit, Sachlichkeit, Aktivität etc.
- **2** Welche Erwartungen haben die Bürgerinnen und Bürger an Politikerinnen und Politiker im Land? Wie sollten sie sein (Idealbild)?
- **3** Welche kommunalen Politikfelder gelten als gut bearbeitet und in welchen gibt es beträchtlichen Handlungsbedarf?
- **4** Unterscheiden sich die Erwartungen, Bewertungen an die Politikerinnen und Politiker auf der Gemeinde- und Stadtebene bezüglich der Punkte **1 – 3** von denen der Landkreise (beziehungsweise Kreistage)?

Grundgesamtheit der Untersuchung und Ziel der Ergebnisse stellen die Kommunen des Landes Brandenburg dar. Deshalb gehen wir im Punkt 2 zusammenfassend einige wenige Eckdaten dieses Bundeslandes ein.

2 Das Land Brandenburg – eine Skizze

Am 31.12.2000 lebten in den 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten des Landes Brandenburg insgesamt 2.601.962 Menschen, davon 1.283.432 männlichen und 1.318.530 weiblichen Geschlechts (Landesbetrieb 2002, S.28).

Zum gleichen Stichtag betrug die Gesamtbevölkerung ab 18 Jahre 2.136.341 (damit befanden sich 82 Prozent der Gesamtbevölkerung im wahlfähigen Alter). Der Anteil der männlichen Bevölkerung im wahlfähigen Alter belief sich auf 1.044.806 (das sind 49 Prozent), der der weiblichen Bevölkerung auf 1.091.535 (51 Prozent) (Landesbetrieb, 2002, S.45).

In den 1 275 Gemeinden bis unter 2 000 Einwohner lebten 626.811 Personen (24,1 Prozent), in den 145 Gemeinden bis unter 10.000 Einwohner 625.998 Personen (24,1 Prozent), in den 29 Gemeinden bis unter 20.000 Einwohner 371.964 Personen (14,3 Prozent) und in den 25 Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern 977.189 Personen (37,6 Prozent) (Landesbetrieb, 2002, S.25). Damit waren 85,1 Prozent (2.214.500) aller Bürger des Landes Brandenburg in Städten und Gemeinden der Landkreise ansässig und 14,9 Prozent (387.462) lebten in kreisfreien Städten (Landesbetrieb, 2002, S.30).

Während die Landkreise Oberhavel, Barnim, Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Havelland, Oder-Spree, Teltow-Fläming und die kreisfreie Landeshauptstadt Potsdam direkt an Berlin angrenzen und damit in einer Tiefe von bis zu 30 Kilometern zum sogenannten „Berliner Speckgürtel“ zu rechnen sind, gehören die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Spree-Neiße, Elbe-Elster und die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an

der Havel schon durch ihre geografische Lage zu den wirtschaftlichen Problemkreisen.

Am 31.12.1999 betrug der Bevölkerungsanteil über 18 Jahre in den Gemeinden und Städten der Landkreise 1.792.813 Bürger, davon 878.305 Männer (49 Prozent) und 914.508 Frauen (51 Prozent). Zur gleichen Zeit lebten in den kreisfreien Städten insgesamt 325.186 Bürger über 18 Jahre, davon 156.160 Männer (48 Prozent) und 169.026 Frauen (52 Prozent) (Landesbetrieb 2002, S.46).

Nach groben Altersgruppen gegliedert, ergibt sich für das Land Brandenburg das folgende Bild (Die Angaben in Prozent beziehen sich auf die Gesamtbevölkerungszahl der über 18-jährigen) (Landesbetrieb, 2002, S.30 ff):

	Personen	in Prozent
18 – 29 Jahre	369.189	17
davon:		
Männlich	198.193	54
Weiblich	170.996	46
30 – 60 Jahre	1.164.651	55
davon:		
Männlich	597.273	51
Weiblich	567.378	49
61 – 80 Jahre	522.681	24
davon:		
Männlich	230.551	44
Weiblich	292.130	56

Tab. 1: Altersstruktur der über achtzehnjährigen Einwohner des Landes

Von den 1.415.400 im erwerbsfähigen Alter befindlichen Personen im Land Brandenburg waren im Mai 2000 insgesamt 1.154.600 erwerbstätig und 260.800 erwerbslos (Landesbetrieb 2002, S.204).

Unter den Erwerbstätigen waren 103.000 Selbständige, 59.000 Beamte und Beamtinnen, 541.000 Angestellte, einschließlich Auszubildender in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen, sowie 440.000 Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich Auszubildender in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen (Landesbetrieb 2002, S. 598).

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich im Dezember 2000 auf insgesamt 223.637, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 18,1 Prozent (Landesbetrieb 2002, S.208). Je nach Jahreszeit, Wirtschaftslage und Entfernung von Berlin variiert die Arbeitslosenquote im Bereich von ‚mehr als 10 Prozent‘ bis ‚unter 30 Prozent‘. Dabei gilt als grobe Faustregel: Je mehr der Arbeitsamtsdienststellenbereich von der Berliner Stadtgrenze räumlich entfernt ist, desto höher fällt die Arbeitslosenquote aus (MÜLLER, POPPER, WENDELBORN und HEGEL, 1997).

Die letzte Kommunalwahl erfolgte am 27. September 1998. Die folgende Übersicht zeigt die gültigen Stimmenanteile für SPD, CDU, PDS und Wählergemeinschaften im jeweiligen Landkreis beziehungsweise in der jeweiligen kreisfreien Stadt in Prozent (Landeswahlleiter, 1998).

	SPD	WG	CDU	PDS
Land Brandenburg	30,2	21,25	16,71	15,97
LK Barnim	31,87	22,94	13,96	21,29
LK Märkisch-Oderl.	26,89	29,56	13,14	18,89
LK Oder-Spree	32,59	18,75	15,48	18,18
LK Oberhavel	35,88	18,15	16,79	18,14
LK Uckermark	32,84	17,90	13,54	16,77
LK Spree-Neiße	28,01	17,91	16,30	16,52
LK Oberspreew.-L.	33,43	12,42	23,04	16,51
LK Teltow-Fläming	35,16	21,41	15,22	15,97
LK Dahme-Spreew.	29,61	21,51	17,91	15,74
LK Havelland	35,03	14,91	16,80	15,36
LK Prignitz	28,10	13,47	18,24	13,45
LK Potsdam-Mittelm.	23,90	28,76	17,07	11,35
LK Elbe-Elster	21,32	26,94	23,08	11,26
LK Ostprignitz-R.	27,12	28,84	15,09	11,15
Potsdam	39,30		12,98	32,08
Frankfurt (Oder)	31,04		22,8	29,11
Cottbus	36,39		23,75	23,87
Brandenburg a.d.H.	36,10		16,03	21,75

Tab. 2: Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 27. September 1998

Insgesamt gesehen erwies sich die SPD auch auf kommunaler Ebene in Brandenburg als die stärkste politische Kraft. Besonderes Interesse verdient wohl auch das gute Abschneiden der verschiedenen Wählergemeinschaften, die in mehreren Landkreisen sogar das Ergebnis der SPD übertrafen. Dichtauf lagen die CDU- und PDS-Ergebnisse.

3 Die Methode und die Stichprobe

Zur Untersuchung der „Kommunalpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ waren wir – wegen der strukturellen Gegebenheiten – gezwungen, zwei Varianten eines Fragebogens zu entwickeln. Eine richtete sich an die Einwohner der Gemeinden und Städte. Sie bezog sich auf die untere kommunale Ebene (Gemeinde, Stadt) und auf die kreisliche Ebene (Kreistag). Die andere wurde für die Gegebenheiten kreisfreier Städte konstruiert und enthielt nur eine Zielebene (Vertreter der Stadtverordnetenversammlung).

Die Befragung selbst wurde in den Monaten Januar bis März 2003 im Land durchgeführt. Sie erfolgte auf der Basis von Quotenkriterien.

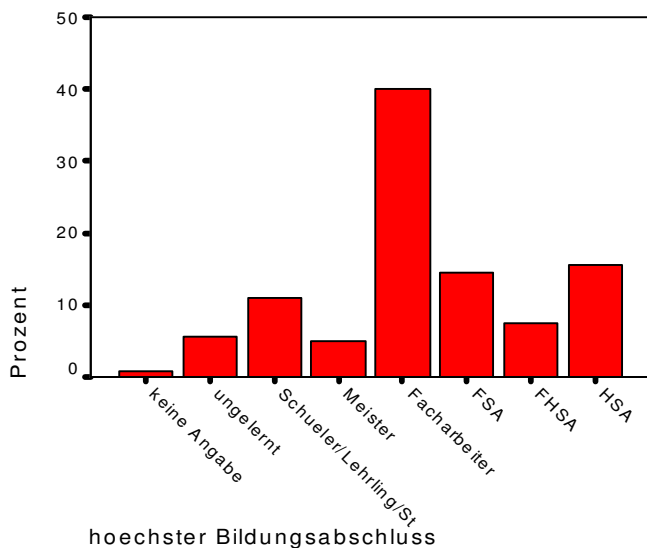
Ausgewertet wurden 502 Fragebögen der Bürgerbefragung 2003 in Gemeinden, Städten und Landkreisen des Landes Brandenburg (Fragebogenmuster im Anhang). **48** Prozent der Befragten sind männlichen und **50** Prozent weiblichen Geschlechts (**2** Prozent machten keine Geschlechtsangabe).

Die Gesamtzusammensetzung nach Altersgruppen gliedert sich in Prozentpunkten wie folgt:

Im Alter von 18–30 Jahren waren 21,3 Prozent der Befragten. 31–40 Jahre waren 21,1 Prozent. In der Altersspanne 40-80 Jahre befanden sich 58,6 Prozent.

Die Geschlechts- und Altersquotierung entsprach in etwa der Grundgesamtheit, also den Verhältnissen bezüglich dieser Kriterien bei allen Wählern im Land (MÜLLER, POPPER, WENDELBORN und HEGEL, 1997; WINKLER, 2001). Die **Mehrheit** der Wählerinnen und Wähler und Wähler ist **älter als 40 Jahre!**

Abb.1: Höchster Bildungsabschluss der Befragten in Prozent

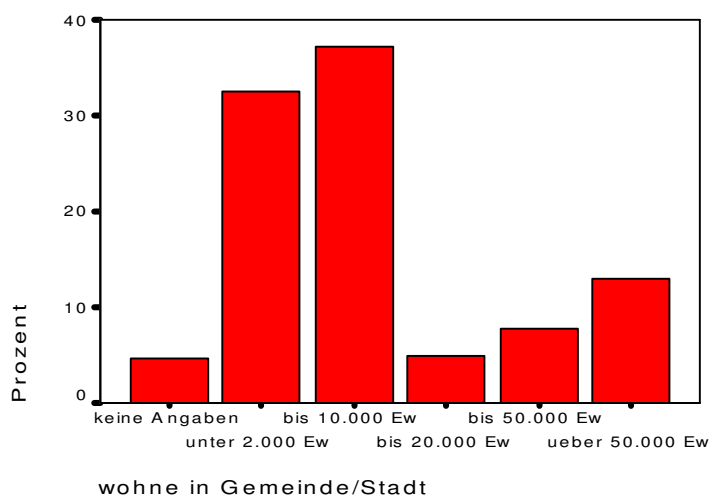


höchster Bildungsabschluss	Befragte in Prozent
ungelernt	5,6
Schüler/Lehrling/Student	11,0
Meister	5,0
Facharbeiter	40,0
Fachschulabschluss	14,5
Fachhochschulabschluss	7,6
Hochschulabschluss	15,5
keine Angaben	0,8

Tab. 3: Höchster Bildungsabschluss der Befragten in Prozent

Die Stichprobe weist einen angemessen hohen Anteil an Personen mit Facharbeiter- und Meisterabschluss auf (45 Prozent). Alle Bildungsabschlüsse waren hinreichend vertreten.

Abb.2: Gemeindegröße der Befragten in Prozent



Wohnortgröße	Befragte in Prozent
unter 2000 Einwohner	32,5
2000 – 10000 Einw.	37,3
10000 – 20000 Einw.	5,0
20000 – 50000 Einw.	7,8
über 50000 Einw.	12,9
keine Angaben	4,6

Tab.4: Wohnortgröße der Befragten in Prozent

Wählerinnen und Wähler aller Wohnortgrößen wurden befragt. Einwohner von Orten bis 10.000 waren leicht überrepräsentiert, die der Orte größer als 10.000 leicht unterrepräsentiert. Wir haben diese Disproportionen akzeptiert und dafür in möglichst vielen Regionen befragt.

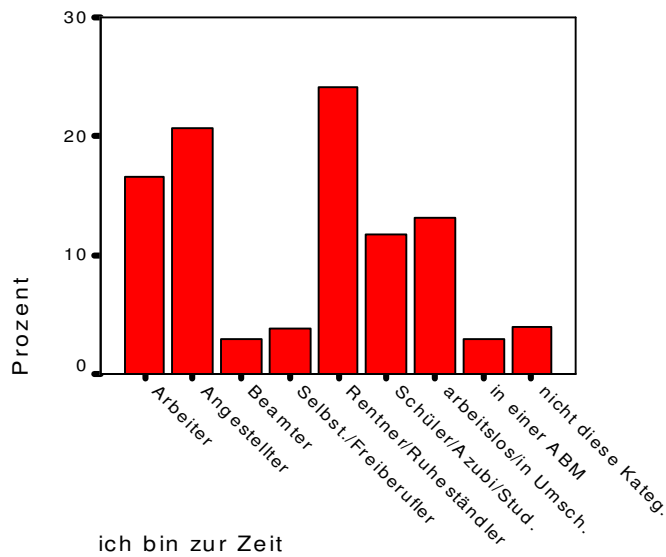
Brandenburg ist ein extrem dünn besiedeltes Flächenland mit großer Erstreckungsweite. Deshalb ist es wichtig, gerade auch Berlinferne Regionen einzubeziehen.

Entfernung von Berlin	Befragte in Prozent
bis 10 km	25,6
bis 30 km	17,8
über 30 km	52,0
keine Angaben	4,3

Tab. 5: Entfernung des Wohnortes der Befragten von Berlin (in Prozent)

Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger lebt außerhalb des engeren Verflechtungsraumes Berlin-Brandenburg.

Abb.3: Die Abbildung gibt über den aktuellen sozialen Status der Befragten (in Prozent) Auskunft



Ich bin zur Zeit	Befragte in Prozent
Arbeiter	16,5
Angestellter	20,7
Beamter	3,0
Selbständ./Freiberufl./mithelfender Familienangehöriger	3,8
Rentner/Ruheständler	24,1
Schüler/Azubi/Student	11,8
Arbeitslos/in Umschulung o. Weiterbildung	13,1
in ABM	3,0
keine der Kategorien	4,0

Tab. 6: Der aktuelle soziale Status der Befragten in Prozent

Der aktuelle soziale Status der Brandenburgerinnen und Brandenburger wird durch die Stichprobe gut repräsentiert. Dies betrifft auch die Relation der Befragten im erwerbstätigen Alter.

4 Die Befragungsebene – Gemeinden und Städte

4.1 Kommunikation und Informationsquellen

Information stellt die Grundlage rationaler Entscheidungsprozesse dar. Deshalb fragten wir:

Auf welchem Wege erfahren die Bürger etwas über ihre Abgeordneten? (Item 1)

Kenntnisnahme	häufig	selten	nie	keine Angaben
im Wahlkampf	39,8	26,9	8,0	25,3
durch individuelle Kontakte	13,1	30,1	27,7	29,1
durch Presse/Medien	56,8	30,7	6,2	6,4
Öffentliche Veranstaltungen, d. Parlamente/ Ausschüsse.	9,4	32,5	26,5	31,7
Teilnahme an öffentl. Sitzungen	4,0	12,4	48,8	34,9
Besuch der Fraktionssitzungen	1,6	3,0	58,0	37,5

Tab. 7: Wege, auf denen die Wähler mit ihren Abgeordneten kommunizieren in Prozent

Kommentar: Diese erste Frage bezog sich sowohl auf die Stadt- und Gemeindevertreter als auch auf die Kreistagsabgeordneten. Der Schluss scheint klar. Presse und andere Medien haben den größten Einfluss auf die Kenntnis über die Abgeordneten. Auch im Wahlkampf erreicht die Informationsvermittlung noch mehr als ein Drittel der Bürger in starkem Maße. Alle anderen Kontakte zu Politikern, Fraktionen oder die Besuche öffentlicher Sitzungen der Parlamente und Ausschüsse stellen **eher seltene Ereignisse** dar. Dies stellt offensichtlich ein generelles Dilemma real-demokratischer Mechanismen dar. Die Teilnahme von Schülern etwa an derartigen Veranstaltungen hat nur in den seltensten Fällen den Effekt, Lust an jugendlicher politischer Betätigung in öffentlichen Strukturen zu erwecken.

4.2 Kommunalpolitische Erfolge und Handlungsbedarf

In den Kommunen wurde in den letzten Jahren eine ganze Menge erreicht. Die Ergebnisse der **Lösung der kommunalpolitischen Probleme** in den Gemeinden und Städten (hoch und akzeptabel) erfuhren die nachstehende Wertung (Item 3).

- Kultur 48,6 Prozent
- Umwelt 47,6 Prozent
- Soziales/Familie 45,4 Prozent
- Infrastruktur 39,3 Prozent
- Bildung 39,3 Prozent
- Jugend/Kinder 37,3 Prozent
- Gesundheitswesen 37,1 Prozent
- Frauen/Gleichstellung 33,1 Prozent
- Wirtschaft 32,3 Prozent
- Kriminalität 27,7 Prozent
- Arbeitsbeschaffung 7,8 Prozent

Als gering werden die Ergebnisse bei den folgenden kommunalen Problemen bewertet:

- Arbeitsbeschaffung **69,7** Prozent
- Wirtschaft 49,6 Prozent
- Kinder/Jugend 45,8 Prozent
- Kriminalitätsbekämpfung 40,4 Prozent

Kommentar: In den Bereichen Kultur, Umwelt, Soziales/Familie, Infrastruktur und Bildung hat Kommunalpolitik in den letzten Jahren wichtige positive Ergebnisse erbracht, meint eine starke Minderheit der Befragten (39 bis 49 Prozent).

In den Bereichen Wirtschaft, Kinder/Jugend und Kriminalitätsbekämpfung waren die Ergebnisse kommunaler Lösungsbemühungen dagegen sehr bescheiden. Auch dazu bekennen sich starke Minderheiten (von 40 bis 50 Prozent der Befragten).

Eine deutliche Mehrheit (70 Prozent) meinte, die Ergebnisse im Bereich Arbeitsbeschaffung seien gering gewesen.

4.3 Kommunalpolitiker – das aktuelle Bild

In diesem Abschnitt sind die Bewertungen zur Fachkompetenz, zur Glaubwürdigkeit, zur Kenntnis kommunalpolitischer Kernaussagen und zu besonders kritikwürdigem Verhalten der Abgeordneten auf Gemeinde- und Stadtebene zu finden.

Wie wird die Sach- und Fachkompetenz der Abgeordneten in den Kommunen bewertet? (Item 2) Die Angaben erfolgen in Prozent.

Kompetenz	SPD	CDU	PDS	Grüne	andere
hoch	8,6	4,8	18,5	1,0	2,2
akzeptabel	37,5	26,1	28,5	10,4	8,4
gering	20,3	29,9	19,5	21,3	9,8
kann ich nicht einschätzen	22,9	26,1	21,9	45,8	46,6
keine Angabe	10,8	13,1	11,6	21,5	33,1

Tab. 8: Bewertung der Sach- und Fachkompetenz der Abgeordneten in Prozent, getrennt nach Parteien

Kommentar: Bei der Beurteilung der **Sach- und Fachkompetenz** der eigenen Abgeordneten (hohe und akzeptable Kompetenz) in den **Gemeinden und Städten** führt die PDS mit 47,0 Prozentpunkten, gefolgt von der SPD mit 46,1 Prozentpunkten, der CDU mit 30,9 Prozentpunkten, den Grünen mit 11,4 Prozentpunkten und den anderen Parteien mit 10,6 Prozentpunkten. Zugleich sagen aber 67,3 Prozent der Befragten, sie könnten die Kompetenz der Grünen und 79,7 Prozent die Kompetenz der anderen Parteien nicht einschätzen bzw. machten dazu keine Angaben. Kleinere Parteien konnten also kaum bewertet werden.

Diese Aussagen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Politikvermittlung der etablierten Parteien in den Gemeinden, Städten und kreisfreien Städten zu überdenken ist. Denn 33,7 Prozent der Befragten können die Kompetenz der SPD nicht einschätzen, 39,2 Prozent die der CDU nicht, und 33,5 Prozent wissen die PDS-Abgeordneten nicht zu beurteilen.

Die **Glaubwürdigkeit** (Item 4) der kommunalen Abgeordneten (hoch und akzeptabel) wird angeführt von der PDS mit 43,6 Prozentpunkten, gefolgt von der SPD mit 34,1 Prozentpunkten.

Mit Abstand folgt die CDU mit 21,9 Prozentpunkten. Die Grünen (14,7 Prozentpunkte) und die anderen Parteien (10,6 Prozentpunkte) besitzen eine noch geringere Glaubwürdigkeit.

Kommentar: Die Glaubwürdigkeit auch kommunaler Politiker ist relativ gering. Abgeordnete einer Partei erscheinen demnach zu etwa 44 Prozent bis 10 Prozent

der Wähler als glaubwürdig. Dabei sollte bedacht werden, dass sich diese Urteile jeweils auf ein bis einige wenige Personen bezogen, die bekannt waren (etwa durch persönlichen Kontakt oder durch Zeitungsberichte). Von diesen wurde dann auf ‚die Politiker‘ einer Fraktion geschlossen.

Fast deckungsgleich fällt die **Kenntnis der kommunalpolitischen Kernaussagen** von verschiedenen Parteien im Ort aus (Item 5). In der folgenden Darstellung sind die Kategorien „sehr gute und gute Kenntnisse“ zusammengefasst:

- PDS 33,1 Prozent
- SPD 29,1 Prozent
- CDU 19,9 Prozent
- Grüne 11,4 Prozent
- Andere 8,4 Prozent

Kommentar: Die kommunalpolitischen Kernaussagen von Abgeordneten der bedeutenden Parteien kennen jeweils 33 bis 20 Prozent der Wähler. Es kann demnach nicht davon ausgegangen werden, dass Wahl **mehrheitlich** in Abhängigkeit von Programmabwägungen stattfindet! Hier dürften andere Mechanismen wie zum Beispiel traditionelle Parteineigung, Sympathie- und Antipathieeffekte, Freundes-, Familien- und Gruppenbeeinflussung greifen.

Abneigungen resultieren gerade aus wirklichen oder vermeintlichen Negativeigenschaften. Deshalb wollten wir wissen, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger am bisherigen Verhalten ihrer Abgeordneten zu kritisieren hatten. Als **besonders kritikwürdig** am Verhalten der Abgeordneten des Ortes werden eine Reihe von Eigenschaften benannt (Item 8).

	SPD	CDU	PDS	Grüne	Andere
Unehrlichkeit	21,1 (4)	20,9 (4)	10,6	7,8	5,2
mangelnde Offenheit	30,5 (1)	26,9 (3)	15,9 (2)	11,4 (4)	8,4
fehlende Bürgernähe	29,7 (2)	27,3 (2)	20,3 (1)	21,5 (1)	11,2
Korruption	14,7	13,9	8,0	5,0	6,4
kein Durchsetzungsvermögen	13,7	7,2	15,3 (4)	10,2 (5)	4,8
fehlendes Fachwissen	14,1	13,1	12,2	12,7 (3)	7,2
mangelnde Entscheidungsfähigkeit	14,7	10,4	10,0	7,0	6,2
überhöhte Selbstdarstellung	23,9 (3)	29,3 (1)	13,3 (5)	10,0	10,8
fehlender Realitätssinn	18,9 (5)	16,5 (5)	15,7 (3)	14,3 (2)	11,0
Humorlosigkeit	4,8	6,4	5,6	4,0	5,4
fehlende Zukunftsvisionen	16,1	12,4	11,8	9,6	7,6

Tab. 9: Kritikwürdiges Verhalten und kritikwürdige Eigenschaften der Abgeordneten in Prozent. Für jede Partei wurden diese Eigenschaften nach der Zahl ihrer größten Nennungen gereiht (1 bis 5).

Kommentar:

Allen drei bedeutenden Parteien im Lande (nur diese werden im Kommentar betrachtet) wird fehlender Realitätssinn nachgesagt. Alle drei kranken auch – in den Augen der Bürger – an mangelnder Offenheit und fehlender Bürgernähe, wenn auch in unterschiedlichem Grade. Dafür neigen sie zu überhöhter Selbstdarstellung. SPD und CDU wird darüber hinaus Unehrllichkeit nachgesagt. Die PDS leidet dafür an mangelndem Durchsetzungsvermögen.

Fehlende Bürgernähe wird insgesamt gesehen am stärksten beklagt. Dies betrifft die Kommunalpolitiker der SPD (ca. 30 Prozent), gefolgt von denen der CDU (ca. 27 Prozent) und denen der PDS (ca. 20 Prozent). Eng damit verbunden ist der Vorwurf mangelnder Offenheit. Er wird von ca. 30 Prozent der Befragten den Kommunalpolitikern der SPD gemacht. 27 Prozent werfen dies CDU- und 16 Prozent PDS-Politikern vor. Der Vorwurf überhöhter Selbstdarstellung wird von ca. 29 Prozent der Befragten an die Adresse der CDU gerichtet, von ca. 24 Prozent an die der SPD und etwa 13 Prozent werfen dies den PDS-Abgeordneten vor. Der fehlende Realitätssinn wird den SPD-Politikern (von ca. 19 Prozent) und den CDU- sowie PDS-Politikern (von ca. 16 Prozent) beigemessen. Den Vorwurf der Unehrllichkeit machen etwa 21 Prozent der Befragten den Politikern der SPD und CDU.

4.4 Kommunalpolitiker – die Erwartungen

In diesem Abschnitt finden die konkreten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das Fachwissen und die Eigenschaften/ Verhaltensweisen der Abgeordneten der Gemeinden und Städte Darstellung.

Das **größte kommunalpolitische Fachwissen** wird in den folgenden Bereichen erwartet (Item 7):

1. Wirtschaft	55,2 Prozent
2. Arbeitsbeschaffung	49,2 Prozent
3. Soziales/Familie	36,9 Prozent
4. Infrastruktur	23,7 Prozent
5. Verwaltungskennntnis	16,7 Prozent
6. Schulentwicklung	16,1 Prozent
7. Gesundheitswesen	15,3 Prozent
8. Jugend/Freizeit	14,9 Prozent
9. Bauordnung	13,5 Prozent
10. Kriminalitätsverhütung	12,4 Prozent

Kommentar: Fachwissen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung, Soziales/ Familie und Infrastruktur ist hochgradig erwünscht. Dies korrespondiert ganz offensichtlich mit den Gebieten, in denen kommunale Probleme kaum gelöst wurden: Arbeitsbeschaffung und Wirtschaft.

Darüber hinaus fragten wir die Bürgerinnen und Bürger, **worum sich die Abgeordneten in erster Linie kümmern sollten?** (Item 16) Die Antworten (bis zu drei) waren spontan zu notieren. Während der Auswertung entwickelten wir nachträglich Kategorien und ordneten die geäußerten Meinungen diesen Kategorien zu. Darstellung finden hier nur die acht am häufigsten frequentierten Kategorien mit der absoluten Zahl ihrer Nennungen.

Kategorie	Absolute Nennung	Häufigkeit der
Arbeitsplätze schaffen u. erhalten/ Arbeitslosigkeit beseitigen	251	
Wirtschaft/ Wirtschaftsentwicklung	99	
Infrastruktur/ Verkehr (Straßenbau etc.) verbessern	98	
Bildung	93	
Jugend/ Jugendfreizeit	83	
Soziale Familienpolitik betreiben	56	
Hilfe für sozial Schwache	53	
Gesundheitswesen/ bezahlbares Gesundheitswesen	50	

Tab. 10: *Hauptaufgaben der Abgeordneten aus Sicht der Befragten absolut (Basis: freie Antworten)*

Kommentar:

Die ersten sechs Kategorien bestätigen die **Bereiche ungelöster kommunaler Probleme** und die Bereiche, für die das **größte kommunalpolitische Fachwissen** erwartet wird. Der Problemdruck im Feld Arbeitsbeschaffung (Arbeitsplatzerhalt) ist offensichtlich derart stark, dass er in jedem nur möglichen Kontext artikuliert wird. Dies ist schon seit einem Jahrzehnt so. In engem Zusammenhang damit stehen die kommunalen wirtschaftlichen Defizite beziehungsweise der Ruf nach Wirtschaftskompetenz.

Obwohl eine starke Minderheit den Kommunen bei der Infrastrukturverbesserung Erfolge attestierte, werden hier offensichtlich weiterhin deutliche Verbesserungen erwartet. So ist auch die Forderung nach Fachwissen im Feld Infrastruktur zu verstehen. Einen wesentlichen Aspekt stellt dabei der Straßenbau (bzw. die Gewährleistung flüssigen Individualverkehrs) dar. Die Topiks Bildung und Jugend/ Jugendfreizeit dürften eng zusammengehören. Hier spielen sicher verschiedene – überlappende – Aspekte eine Rolle. Dazu gehören insbesondere gute Schulbildungsvoraussetzungen für die spätere Berufsausbildung oder das Studium (und damit indirekt die Abwendung von Jugendarbeitslosigkeit). In verschiedenen Studien haben wir mehrfach gezeigt, dass die Chancen für Jugendliche in Kommunen und Regionen Brandenburgs als sehr gering eingeschätzt werden! Desgleichen unterstellen die meisten Brandenburgerinnen und Brandenburger, dass Arbeit/ Ausbildung und Jugendfreizeiteinrichtungen die Jugendkriminalität deutlich reduzieren würden! Auch die Annahme dieses Zusammenhanges wurde mehrfach durch uns im vergangenen Jahrzehnt belegt.

Die wachsende Bedeutung der Sozial- und Familienpolitik (auch hier wird hohe Fachkompetenz gefordert!) ist durch die angespannte wirtschaftliche und soziale Situation erklärlich. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe, partielle jugendliche Perspektivlosigkeit und Gefährdungsaspekte erzeugen starke familiäre Spannungsfelder: Eltern können erzählte Normen nicht mehr vorleben und fallen jugendlicher Verachtung anheim. Gleichzeitig können sie die Welt ihrer Kinder kaum noch nachempfinden. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien wünschen dennoch die Teilhabe an kulturellen und Konsumangeboten, ja sie können sich diesen kaum entziehen. Gut ‚versorgte‘ Kinder dehnen ihre Jugend zeitlich in einem Maße aus, das kaum auf das Verständnis der Erwachsenenwelt trifft. Andererseits fordern sie schon frühzeitig Freiräume, die ebenfalls auf Akzeptanzprobleme treffen.

Von ihren Abgeordneten im Ort erwarten die Wähler (Item 6) eine Reihe positiver **Eigenschaften**.

	sehr wichtig/ wichtig	Weniger wichtig/ unwichtig
Bürgernähe	90,6	4,4
Ehrlichkeit	90,6	3,2
Durchsetzungsvermögen	86,7	4,6
Realitätssinn	84,8	6,8
Disziplin	82,4	7,6
Kompromissfähigkeit	81,3	10,8
Sparsamkeit	81,3	10,4
Teamfähigkeit	80,5	10,6
Fleiß	80,1	9,2
Weitblick	79,3	13,6
Ausdauer	76,1	14,0
Optimismus	74,1	15,4
Bodenständigkeit	72,3	19,9
hohe Bildung	68,5	22,1
Eigenständigkeit	68,1	20,3
Redegewandtheit	66,1	23,7
Mut	65,5	25,1
Beziehungen	63,6	26,3
Visionen	50,6	39,5
Originalität	38,5	50,0
Humor	37,7	52,2

Tab. 11: *Eigenschaften, die die Wähler von den Abgeordneten erwarten in Prozent. Die Angaben erfolgen geblockt (sehr wichtig und wichtig versus weniger wichtig und unwichtig) und in der Reihenfolge ihrer Bedeutsamkeit.*

Kommentar: Bürgernähe, Ehrlichkeit, Durchsetzungsvermögen, Realitätssinn, Disziplin, Kompromissfähigkeit, Sparsamkeit, Teamfähigkeit und Fleiß sind die 9 Eigenschaften, die von kommunalen Abgeordneten des Landes Brandenburg in besonderem Maße erwartet werden. Humor und Originalität werden hingegen nicht unbedingt vorausgesetzt.

5 Die Befragungsergebnisse - Landkreise

5.1 Regionale Erfolge und Handlungsbedarf

Welche kommunalpolitischen Erfolge wurden der Kreistagebene zugeschrieben? Darüber geben die Urteile über die **Ergebnisse** bei der **Lösung der kommunalen Probleme** durch die Kreistage (Item 10) Auskunft.

Als besonders **hoch** und **akzeptabel** wurde die Bewältigung der Umweltproblematik mit 36,4 Prozentpunkten bewertet.

Als **akzeptabel** bis **gering** wurden die Ergebnisse in den folgenden Bereichen bewertet:

- Kultur 33,5 und 27,3 Prozent
- Bildung 33,0 und 29,5 Prozent
- Infrastruktur 31,6 und 32,1 Prozent
- Gesundheitswesen 31,6 und 31,4 Prozent
- Frauen und Gleichstellung 24,0 und 26,4 Prozent

Besonders gering bewertet wurde die Bewältigung der Probleme in den folgenden Politikfeldern:

- *Arbeitsbeschaffung* 61,8 Prozent
- Wirtschaft 44,2 Prozent
- Kinder/ Jugend 37,5 Prozent
- Kriminalitätsbekämpfung 33,0 Prozent
- Soziales/Familie 31,4 Prozent

Kommentar: Für die Kreisebene wurden genau die gleichen Politikfelder, auf denen nur eine geringe Problembewältigung vorliegt, genannt, wie für die Gemeinde- und Stadtebene. Allerdings fallen die Prozentzahlen (auch der Kritik!) für die Kreisebene schwächer aus als für die Gemeindeebene.

Dies ist deshalb so, weil bezüglich der Kreisebene viel weniger Befragte Urteile abgaben! Diese Ebene entzieht sich in vielfacher Hinsicht der Kenntnis und der Beurteilung!

Auch die erfolgreichen Gebiete des politischen Handelns entsprechen in etwa denen auf Gemeindeebene, wenn auch mit Akzentverschiebungen. Beachtenswert ist auch: Die Reihung der positiven Felder kommt durch weniger Nennungen als auf Gemeindeebene zustande. Auch dies ist ein Indiz für die geringe Einsehbarkeit der politischen Tätigkeit im Kreistag durch die Bürgerinnen und Bürger.

5.2 Kreistagspolitiker – das aktuelle Bild

In diesem Abschnitt werden die Bewertungen zur Fachkompetenz, zur Glaubwürdigkeit, zur Kenntnis kommunalpolitischer Kernaussagen und zu besonders kritikwürdigem Verhalten der Kreistagsabgeordneten dargestellt und kommentiert.

Die **Sach- und Fachkompetenz** der Abgeordneten in den **Kreistagen** wird wie folgt beurteilt (Item 9):

58,4 Prozent der Befragten konnten die Kompetenz der Grünen und 51,8 Prozent die der kleineren Parteien **nicht einschätzen**. Die Kompetenz der CDU konnte von 43,7 Prozent der Befragten nicht bewertet werden, bezüglich der SPD waren es 39,0

Prozent und bezüglich der PDS 37,8 Prozent. Dies bedeutet: Hinsichtlich der Vertreter der Kreistage kann die Kompetenz im Bereich von 40 bis 50 Prozent der Befragten überhaupt nicht bewertet werden. Oder anders gesagt: Etwa die Hälfte der Wähler hat die Kreistagsabgeordneten gar nicht wahrgenommen!

Nur 33,7 Prozent der Bürger hielten die Politikerinnen und Politiker der SPD und 31,4 Prozent die der PDS für **hoch kompetent** bzw. fanden deren Kompetenz **akzeptabel**. Die Grünen erreichten 8,3 Prozentpunkte, die CDU 25,1 Prozentpunkte und die anderen Parteien 2,6 Prozentpunkte.

Kommentar: Diese Einschätzungen der Sach- und Fachkompetenz der Kreistagsabgeordneten sind äußerst bedenklich. Eine starke Minderheit (40 bis 50 Prozent) konnte gar keine Einschätzung abgeben. Ein Drittel und weniger bewerteten die Kompetenz der Vertreter zweier Parteien als hoch und akzeptabel. Hier existieren also beträchtliche Wahrnehmungsdefizite!

Als problematisch zu bewerten ist auch die Einschätzung der **Glaubwürdigkeit** der Kreistagsabgeordneten. Hier dominiert die Aussage, die Glaubwürdigkeit **nicht einschätzen** zu können (Item 11):

- Grüne 52,5 Prozent
- andere Parteien 52,3 Prozent
- CDU 41,1 Prozent
- SPD 36,8 Prozent
- PDS 35,6 Prozent

Dennoch führt die PDS in der Glaubwürdigkeitsskala.

	SPD	CDU	PDS	Grüne	andere
hoch	3,1	1,4	11,2	0,2	0,7
akzeptabel	22,1	14,0	17,8	10,0	1,9
gering	25,2	28,0	20,7	18,8	8,6

Tab. 12: Glaubwürdigkeit der Politiker nach Parteien in Prozent.

Kommentar: Nur etwa 50 % beurteilten die Glaubwürdigkeit der Kreistagsabgeordneten der großen Parteien überhaupt, unabhängig davon, ob die Urteile positiv oder negativ ausfielen. Von denen, die Urteile abgaben, lag der Schwerpunkt bei geringer Glaubwürdigkeit bis akzeptabel! Dies weist deutlich auf ein generelles Glaubwürdigkeitsproblem der Abgeordneten hin, der sich keine Partei entziehen kann. Die geringe Bereitschaft, Urteile abzugeben, deutet auf massive Informationsdefizite hin. Das bedeutet auch, im Zweifelsfall werden Wahlentscheidungen auf der Basis von Hörensagen, Gerüchten, Medien- und Autoritätshinweisen gefällt! Unabhängig von der Partei urteilten von denen, die überhaupt ein Urteil abgaben, die Mehrheit mit ‚geringer Glaubwürdigkeit‘. Dann folgte – nach der Häufigkeit – das Urteil ‚akzeptabel‘ und die wenigsten sprachen von ‚hoher Glaubwürdigkeit‘. Diese Regelmäßigkeit ist parteienunabhängig!

Glaubwürdigkeit mag ein Anmutungskriterium sein. Rationale Urteile sollen auf der Basis von Kenntnissen erfolgen.

Die Kenntnis der **kommunalpolitischen Kernaussagen** der Vertreter der verschiedenen Parteien in den Landkreisen ist in folgender Tabelle dargestellt (Item 12):

	SPD	CDU	PDS	Grüne	andere
sehr gut	1,9	1,2	4,3	0,7	0,2
gut	17,1	10,9	20,7	8,3	4,0
kaum	44,2	46,3	39,0	43,2	30,6
nicht bekannt	26,4	30,4	25,2	35,6	43,0

Tab.13: Kenntnis der kommunalpolitischen Kernaussagen der Kreistagsabgeordneten nach Parteizugehörigkeit in Prozent.

Kommentar: Die kommunalpolitischen Kernaussagen der großen Parteien auf Landkreisebene waren mehrheitlich kaum beziehungsweise nicht bekannt. Diese Aussage gilt völlig parteienunabhängig und deutet auf gestörte beziehungsweise nur begrenzt vorhandene Kommunikation zwischen Kreistagsabgeordneten und Wählerinnen und Wähler. Nicht umsonst wurde mehrfach auf den Zusammenhang zwischen Informiertheit und rationaler Wahl hingewiesen. Dort wo nicht zeitgleich kommunalpolitische Kernaussagen mehrerer Parteien präsent sind, sind rationale Vergleiche gar nicht möglich. Dies bedeutet im Umkehrschluss auch: Die Mehrzahl der Wahlentscheidungen findet auf emotionaler, suggestiver Basis, aber nicht durch Programmvergleiche, statt.

Abschreckend wirken auf Wählerinnen und Wähler natürlich vermeintliche oder offensichtliche negative Persönlichkeitseigenschaften und Verhaltensweisen. Sie können suggeriert werden, per Gerücht übermittelt, durch Medien lanciert werden oder per Eindruck entstehen. Unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt oder ihrer Entstehung sind die Wirkungen gleich negativ. Als **besonders kritikwürdig** am Verhalten der Abgeordneten der **Kreistage** wurden eine Reihe von Verhaltensweisen und Eigenschaften benannt (Item 15).

	SPD	CDU	PDS	Grüne	andere
Unehrllichkeit	18,1	20,0	8,8	7,8	6,9
mangelnde Offenheit	26,8 (2)	28,0 (2)	16,4 (2)	14,0 (3)	11,6 (2)
fehlende Bürgernähe	30,4 (1)	30,6 (1)	20,9 (1)	18,1 (1)	14,5 (1)
Korruption	9,3	12,4	7,1	5,9	6,7
kein Durchsetzungsvermögen	12,6	10,5	13,3	11,2	7,1
fehlendes Fachwissen	13,3	10,5	7,4	11,6	7,4
mangelnde Entscheidungsfähigkeit	14,7	12,1	9,0	12,6	6,4
überhöhte Selbstdarstellung	23,8 (3)	24,2 (3)	13,1	11,6	10,5 (3)
fehlender Realitätssinn	15,2	14,5	14,7 (3)	14,3 (2)	9,7
Humorlosigkeit	6,2	7,8	6,4	4,3	4,0
fehlende Zukunftsvisionen	17,1	13,5	9,5	10,2	9,0

Tab. 14: Kritikwürdiges Verhalten und kritikwürdige Eigenschaften der Abgeordneten in Prozent. Für jede Partei wurden diese Eigenschaften nach der Zahl ihrer größten Nennungen gereiht (1 bis 3).

Kommentar: Die Hauptvorwürfe gegen Kreistagsabgeordnete liegen in den Bereichen fehlende Bürgernähe, mangelnde Offenheit, überhöhte Selbstdarstellung und fehlender Realitätssinn. 31 Prozent der Befragten werfen CDU-Abgeordneten

dieser Ebene fehlende Bürgernähe vor (SPD: 30 Prozent und PDS: 21 Prozent). Mangelnde Offenheit bemängelten 28 Prozent an der CDU, 27 Prozent an der SPD und 16 Prozent an den Abgeordneten der PDS. Auch auf Kreisebene wurde die Selbstdarstellung von Politikern bemängelt. Jeweils etwa 24 Prozent der Befragten meinten, dies träfe auf die der SPD und CDU zu.

5.3 Kreistagspolitiker – die Erwartungen

In diesem Abschnitt finden die konkreten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das Fachwissen und die Eigenschaften/ Verhaltensweisen der Kreistagsabgeordneten Darstellung.

An **Fachwissen** wird von den Kommunalpolitikern im **Landkreis** vor allem Wissen auf den folgenden Gebieten erwartet (Item 14). Die Angaben erfolgen in Prozent:

1. Wirtschaft	65,3 Prozent
2. Arbeitsbeschaffung	55,6 Prozent
3. Soziales/Familie	36,3 Prozent
4. Infrastruktur	24,2 Prozent
5. Schulentwicklung	19,0 Prozent

Kommentar: In erster Linie erwarten die Bürgerinnen und Bürger Fachwissen bezüglich der Gebiete Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung und Familie/ Soziales von ihren Abgeordneten. Dies stimmt mit den zwei wichtigen Problemfeldern, auf denen bisher kaum Probleme gelöst wurden, überein. Die Reihung unterscheidet sich nicht von dem Fachwissen, das von Stadt- und Gemeindeabgeordneten erwartet wird. Es handelt sich also anscheinend nicht um Urteile, die auf der Beobachtung des Abgeordnetenverhaltens basieren, sondern um Schlüsse, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des größten kommunalen Problemdrucks stehen.

Die von den Wählern erwarteten **Eigenschaften der Kreistagsabgeordneten** haben folgende Gewichtung (Item 13) (in Prozent):

	sehr wichtig/ wichtig	weniger wichtig/ unwichtig
Bürgernähe	85,5	3,8
Ehrlichkeit	82,7	5,5
Durchsetzungsvermögen	78,2	8,1
Realitätssinn	77,7	7,1
Disziplin	76,7	7,4
Weitblick	75,3	12,6
Fleiß	74,3	9,8
Kompromissfähigkeit	74,1	10,7
Sparsamkeit	73,9	11,5
Teamfähigkeit	72,6	11,4
Eigenständigkeit	69,2	15,0
Ausdauer	68,9	13,1
Optimismus	68,0	15,9
hohe Bildung	67,7	17,6
Redegewandtheit	64,6	19,2
Mut	61,0	22,1
Bodenständigkeit	60,6	23,7
Beziehungen	53,0	29,3
Visionen	51,0	32,3
Humor	41,3	43,0
Originalität	39,5	43,7

Tab. 15: *Eigenschaften, die die Wähler von den Abgeordneten erwarten in Prozent. Die Angaben erfolgen geblockt (sehr wichtig und wichtig versus weniger wichtig und unwichtig) und in der Reihenfolge ihrer Bedeutsamkeit*

Kommentar: Bürgernähe, Ehrlichkeit, Durchsetzungsvermögen, Realitätssinn, Disziplin, Weitblick, Fleiß, Kompromissfähigkeit, Sparsamkeit und Teamfähigkeit sind die Eigenschaften, die die Wählerinnen und Wähler von ihren Kreistagsabgeordneten in erster Linie erwarten. Dies verwundert bei der relativ konservativen Wertestruktur der Brandenburgerinnen und Brandenburger nicht. Originalität und Humor sind auch auf dieser Ebene die am wenigsten verlangten Eigenschaften.

6 Vergleichende und zusammenfassende Betrachtungen

I Generell ist davon auszugehen, dass etwa einem Drittel der Wählerinnen und Wähler Urteile bezüglich der Tätigkeit der Abgeordneten in Gemeinde/ Stadt und etwa der Hälfte bezüglich der Kreistagsabgeordneten nicht möglich sind.

II Informationen über ihre Abgeordneten erhält die knappe Mehrheit (57 Prozent) häufig durch Presse und andere Medien.

Fast 40 Prozent geben darüber hinaus an, im schmalen Zeitfenster des Wahlkampfes häufig etwas über ihre Abgeordneten zu erfahren. Aber viele nehmen diese Informationsangebote selbst im Wahlkampf nur selten oder nie zur Kenntnis.

III Auf Gemeinde-/Stadtebene und auf kreislicher Ebene wurden die Ergebnisse bei der Lösung kommunal-politischer Probleme auf folgenden Gebieten von einer starken Minderheit als positiv bewertet:

- Kultur
- Umwelt
- Infrastruktur
- Bildung

Aber gerade im Feld der Infrastruktur wird noch mehr erwartet!

IV Als besonders gering gelten die Erfolge in den Gebieten (Gemeinde-/Stadt und Kreisebene):

- Arbeitsbeschaffung
- Wirtschaft
- Kinder/ Jugend
- Kriminalität

V Es gibt recht klare Erwartungen an die Abgeordneten. Worum sollen sie sich am meisten kümmern?

In erster Linie um die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, beziehungsweise um die Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Erst weit danach folgen die anderen Erwartungen: Die Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung, die Förderung von Bildung, die Jugendförderung (auch Jugendfreizeit). Das Betreiben sozialer Familienpolitik, die Hilfe für sozial Schwache sowie Ausbau und Erhalt eines bezahlbaren Gesundheitswesens gehören weiterhin dazu.

VI Aus diesen Erwartungen an die Abgeordneten und aus den auf beiden Ebenen (Gemeinde/Stadt und Kreis) schwach gelösten Problemen resultieren die Forderungen an das größte Fachwissen der Abgeordneten. Die Reihenfolge der Gewichtung des Fachwissens in den vier wichtigsten Gebieten ist in beiden Ebenen gleich:

- Wirtschaft
- Arbeitsbeschaffung
- Soziales/ Familie
- Infrastruktur

VII Neben dem Fachwissen erwarten die Wählerinnen und Wähler von ihren Abgeordneten eine Reihe von allgemein-menschlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften. Fünf der 10 wichtigsten werden von Abgeordneten beider Ebenen in folgender Reihenfolge erwartet:

- Bürgernähe
- Ehrlichkeit
- Durchsetzungsvermögen
- Realitätssinn
- Disziplin

Darüber hinaus sind wichtig: Kompromissfähigkeit, Sparsamkeit, Teamfähigkeit, Fleiß, Weitblick. Diese Forderungen teilen (je nach Ebene und Eigenschaft) 70 bis 90 Prozent der Befragten!

VIII Diese Forderungen sind nicht unabhängig von aktuellen Negativwahrnehmungen von Politikerinnen und Politikern und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zu interpretieren.

Mangelnder Offenheit, fehlende Bürgernähe, fehlender Realitätssinn, überhöhter Selbstdarstellung und Unehrllichkeit stellen die Negativeigenschaften dar, die von den Befragten in besonderer Weise hervorgehoben werden.

7 Schlussfolgerungen

Allgemein:

Zunächst soll angemerkt werden, dass viele Momente aktueller und gesellschaftspolitischer Art in der Welt, der Bundes- und Landesebene den Wahlkampf in den Kommunen mehr oder weniger beeinflussen. Solche Einflüsse sind schwer zu kalkulieren und meist nicht zu steuern. Verantwortliche Kommunalpolitik muss aber auf solche Themen reagieren. Dazu könnten im absehbaren Zeitraum zum Beispiel gehören: Die Aggression gegen den Irak und deren Auswirkungen auf die Region; Spannungen zwischen den USA und der EU; mögliche Einschränkungen der zivilen Rechte im Rahmen von Antiterrorkampagnen; erhöhte Arbeitslosigkeit; Abbau der Sozialsysteme.

Des Weiteren gilt es ebenfalls auf ganz konkrete, lokale beziehungsweise regionale Besonderheiten, die die Bürgerinnen und Bürger stark tangieren, die von der vorliegenden Studie aber nicht erfasst werden können, zu reagieren.

Daneben vermag die Studie für das drängende Problem der Kandidatengewinnung für die kommenden Kommunalwahlen natürlich keine Lösung anzubieten.

Speziell:

A Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass sich auch Landespolitiker während des Wahlkampfes in einer besonderen Pflicht sehen müssen!

Dafür gibt es zwei gute Gründe:

- Arbeitsbeschaffung, Erhalt von Arbeitsplätzen und Wirtschaftsentwicklung stellen die zentralen kommunalen Problemfelder dar (Gemeinde/ Stadt und Kreisebene). Einerseits sind die damit verbundenen Probleme auf kommunaler Ebene kaum lösbar. Andererseits werden sich die Wählerinnen und Wähler aber nicht mit dem Hinweis abfinden, dies sei durch Kommunalpolitik wenig beeinflussbar. Dafür ist die Problematik zu zentral, zu drängend! – An dieser Stelle sind also klare, verständliche Konzepte zur Wirtschaftspolitik und zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf Landesebene unabdingbar. Sie müssen dann regionalpolitisch untersetzt werden. Eine Partei, die zur kommenden Kommunalwahl antritt, ohne zu Arbeitsplatzbeschaffung (bzw. –erhalt) und Wirtschaft kompetente (d.h. logische, verständliche und überzeugende) Programme vorzulegen, hat geringe Chancen!
- Aber Landespolitiker sind mindestens noch in einer zweiten Hinsicht in der Pflicht. Die vorliegende Studie macht deutlich, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und ihre Programme in Gemeinde/ Stadt, insbesondere aber auf Kreisebene, nicht den erwünschten Bekanntheitsgrad haben. Möglich wäre es, einzelne Kreistags- oder Stadtverordnete (und deren Programme) durch assoziative Verfahren stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Denkbar ist ein Zweischrittverfahren: Landespolitiker besuchen ausgewählte Regionen, um die Probleme mit örtlichen Abgeordneten zu beraten. In einem zweiten Schritt treten Landes- und Regionalpolitiker mit Programm- und Lösungsvorschlägen wieder an die Öffentlichkeit.

B Neben Aussagen zu Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsentwicklung müssen Wahlprogramme insbesondere die Felder

- Infrastrukturentwicklung
- Förderung von Bildung, Jugend/ Jugendfreizeit
- Soziales/ Familie
- Gesundheitswesen und
- Kriminalitätsverhütung

umfassen.

Diese Aussage gilt sicher nicht für jede kleinere Gemeinde, wohl aber für Städte und die Kreisebene.

Bei der Erarbeitung von Wahlprogrammen sind zwei Aspekte besonders zu bedenken:

- Sie müssen Substanz haben und den Vergleichen mit anderen Wahlprogrammen standhalten können.
- Es ist aber nicht zwingend, dass Wahlprogramme verglichen werden. Einige Wähler vergleichen Programme, andere nicht. Deshalb ist es wichtig, dass das Programm und dessen Präsentation den Erwartungshaltungen entsprechen! Dies betrifft insbesondere die Aspekte: wichtigste kommunalpolitische Aufgaben; fachliche Kompetenzen der Kandidaten; allgemein-menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen.

C Es wäre im Sinne der Erwartungshaltung der Bürger, wenn einige Kandidaten fachliche Kompetenzen insbesondere in den Gebieten

- Wirtschaft
- Arbeitsbeschaffung
- Soziales/ Familie
- Infrastruktur

glaubhaft machen könnten. Dies ist mindestens für die Stadt- und Kreisebene unbedingt erforderlich.

D Natürlich können Abgeordnete/ Kandidaten nie vollständig den 10 von den Wählerinnen und Wähler erwarteten Kardinaltugenden entsprechen. Sie sollten aber zumindest die demonstrieren, über die sie verfügen! – Wichtig bleibt: Ein Zuviel ist nicht einprägsam und wenig glaubhaft. Ein Image wird durch die Auswahl und das Vorleben einiger weniger erwünschter Eigenschaften aufgebaut. Dazu gehören: Bürgernähe, Ehrlichkeit, Durchsetzungsvermögen, Realitätssinn, Disziplin, Kompromissbereitschaft, Sparsamkeit, Teamfähigkeit, Fleiß und Weitblick.

E Erreichte Erfolge müssen als solche auch selbstbewusst Darstellung finden. Sie wirken nicht von sich aus. Die Hoffnung, Wählerinnen und Wähler würden von sich aus schon erkennen, was Politikerinnen und Politiker vollbracht haben, ist verfehlt. Hier ist Perspektivübernahme dringend geboten! Der Abgeordnete sollte sich in die Situation des Wählers hineinversetzen – also dessen Perspektive übernehmen - und sich ehrlich fragen: Was können Wählerinnen und Wähler von mir und meinem Tun wissen? – Was muss ich tun, damit sie meine Handlungen nachvollziehen können?

F Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um über langfristige Strategien der Öffentlichkeitsarbeit auf regionaler Ebene nachzudenken. Wie gelangt linke Kommunalpolitik stärker in die Regionalzeitungen? – Diesbezüglich sollte der Eindruck einer Kampagne vermieden werden! Wortmeldungen müssen den Charakter der Themenbezogenheit und Kompetenz aufweisen. Natürlich sind diese Darstellungen an Personen gebunden. Aber hier ist Vorsicht geboten! Nicht

sachbezogene Medienauftritte können auch kontraproduktiv sein. Gegenüber ‚überhöhter Selbstdarstellung‘ von Politikerinnen und Politiker sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger allergisch!

G Die Konzentration auf die zentralen Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der wichtigsten kommunalpolitischen Handlungsfelder, fachlichen Kompetenzen und Verhaltensweisen der Politikerinnen und Politiker ist entscheidend. Probleme, Konzepte und Personen müssen klar erkennbar und bürgernah kommuniziert werden. Viel hilft nicht viel!

8 Literatur

HEGEL, R.-D., MÜLLER, M. und HORSTMANN, K. (2002). *Befürchtungen und Hoffungen im Land Brandenburg*. (Im Auftrage des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.). Eigenverlag.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg (2001). *Land Brandenburg - Statistisches Jahrbuch 2001*. Potsdam: Landesbetrieb usw.

Landesumweltamt Brandenburg (1996). *Berlin-Brandenburg regional 96*. Potsdam: UNZE.

Landeswahlleiter Land Brandenburg (1998). *Ergebnisse der Wahl zu den Gemeindevertretungen*.

MÜLLER, M., POPPER, Y., WENDELBORN, S. und HEGEL, R.-D. (1997). *Vom Tiefflug des Adlers*. (Im Auftrage des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V.). Eigenverlag.

WINKLER, G. (Hrsg.) (2001). *Sozialreport 2001*. Berlin: Trafo-Verl. Weist.

9 Anhang

Bei Interesse an den Fragebögen auf deren Grundlage diese Studie beruht, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des kommunalpolitischen forum Land Brandenburg e.V.

Unter Tel : 0 33 38/ 45 92 93 oder 0 33 38/ 45 92 94

Fax: 0 33 38/ 45 92 95

e-mail: info@kommunalpolitisches-forum-brandenburg.de